

Donnerstag 17. Januar 2019

Mindestsicherung: "VinziWerke" mahnen zu achtsamer Wortwahl



"VinziWerke"-Koordinatorin Tödting-Musenbichler kritisiert fehlendes Sprach-Bewusstsein mancher in der Politik: Einzelaussagen beeinflussen Stimmung im Land und führen zu gesellschaftlicher Spaltung - Kritik auch am Umgang mit Hilfsorganisationen



© 15.01.2019, 14:00 Uhr

Österreich/Soziales/Politik/Hilfsorganisation/Sprache/Gesellschaft/Armut/Mindestsicherung

Graz, 15.01.2019 (KAP) Die "Vinzenzgemeinschaft Eggenberg - VinziWerke" mahnt in der Debatte um die Mindestsicherung zu einer achtsamen Wortwahl. "Manchmal scheint es, als würde politischen Vertretern des Landes das Bewusstsein fehlen, wie sehr einzelne Aussagen die Stimmung im Land beeinflussen, wie sehr sie zu gesellschaftlicher Spaltung und negativen Assoziationen über bestimmte Personengruppen führen", schrieb die Koordinatorin der "VinziWerke" Österreich, Nora Tödting-Musenbichler, in einer Aussendung am Dienstag. Die Gemeinschaft ruft deshalb zur "Achtsamkeit in öffentlichen Stellungnahmen und Diskussionen" auf.

Politische Auseinandersetzungen, wie jene zwischen der Bundesregierung und der Wiener Stadtregierung über die Neuerung der Mindestsicherung, dürften nicht auf dem Rücken von armutsbetroffenen Menschen ausgetragen werden. Über Gerechtigkeit- oder Ungerechtigkeit der Reform könne man inhaltlich diskutieren, ohne sich entwertender Bilder zu bedienen, so Tödting-Musenbichler.

Die knapp 30-jährige Erfahrung der Gemeinschaft im Umgang mit von Armut und Obdachlosigkeit betroffenen Menschen zeige: "Das Bild, das hier von Menschen

gezeichnet wird, die häufig aufgrund persönlicher Schicksalsschläge von finanzieller Unterstützung durch den Staat abhängig sind, ist herabwürdigend und entspricht in keinsten Weise unseren Erfahrungen", so die Koordinatorin. Das Wohlergehen der eigenen Kinder sei für viele von Armut betroffenen Menschen trotz schwierigster Umstände das allerhöchste Gut.

Kritik äußerte die Gemeinschaft auch am Umgang der Regierung mit Hilfsorganisationen wie der Caritas, der Diakonie oder den ViziWerken, die "maßgeblich dazu beitragen, dass in Österreich auch die ärmsten, ausgegrenztesten und schwierigsten Menschen ein menschenwürdiges Dasein verbringen können". Ohne die zahlreichen Einrichtungen für Menschen in Not und die vielen ehrenamtlichen Helfer würde das soziale Gefüge in Österreich nicht funktionieren. Verbale Abwertungen jener, die für ein soziales Miteinander sorgen, seien eine Herabwürdigung dieser Leistungen.

In den vergangenen Tagen hatten sich bereits u.a. die Bischofskonferenz, die Caritas, der Katholische Familienverband, die "Aktion Leben" und der evangelische Bischof Michael Bünker kritisch zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung geäußert.

MELDUNGEN

Trendl: Neue Mindestsicherung benachteiligt Mehrkindfamilien

🕒 11.01.2019, 15:45 Uhr

Katholischer Familienverband kritisiert Abkehr vom Begriff "Mindestsicherung" und Ausschluss von subsidiär schutzberechtigten Menschen aus geplanter Sozialhilfe

Bischofskonferenz: Sozialhilfegesetz "überarbeiten"

SOZIALES 🕒 10.01.2019, 18:14 Uhr

Vielfältige Bedenken gegenüber geplanter "Mindestsicherung neu" - Geringe Leistungshöhe und Kinderarmut zentrale Kritikpunkte

"Mindestsicherung neu": Caritas lehnt Gesetzesentwurf ab

SOZIALES 🕒 10.01.2019, 12:23 Uhr

Caritas-Präsident Landau: Reform führt zu Verschlechterung für jene, die schon jetzt am Rand der Gesellschaft leben

Mindestsicherung: "Aktion Leben" kritisiert Kürzungen bei Kindern

🕒 09.01.2019, 14:07 Uhr

Generalsekretärin Kronthaler: Ansatz sei "grundfalsch" und gefährde Zukunft von Kindern - Gesetzesentwurf macht deutlich, "Bekämpfung der Armut hat nicht mehr oberste Priorität"

Bischof Bünker zur Mindestsicherung: "Zurück an den Start"

🕒 09.01.2019, 14:01 Uhr

Evangelische Kirchenverantwortliche üben massive Kritik an neuem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz

"Mindestsicherung neu": Diakonie warnt vor massiven Kürzungen

🕒 08.01.2019, 14:19 Uhr

Diakonie-Direktorin Moser: Gesetzesentwurf in seiner jetzigen Form schadet Menschen in schwierigen Situationen - Experten kritisieren bei Pressegespräch in Wien negative Auswirkungen des neuen Gesetzesentwurfs etwa auf Familien mit mehreren Kindern, Flüchtlinge, Menschen mit Behinderungen oder Alleinerzieherinnen

<https://www.kathpress.at/>